

sind auch die tschechischen Sozialdemokraten in zwei Flügel gespalten: Da die traditionellen Industriegewerkschafter, dort die „Idealisten“, die eine moderne linksliberale Linke verkörpern und damit in Tschechien Themen besetzen wollten, die bisher den Rechtsliberalen „gehörten“.

Allein, mit „Gender“ und Minderheiten ist in Tschechien (links der Mitte) nichts zu gewinnen: Das mussten auch die Grünen zur Kenntnis nehmen, die unter „ferner liefern“ landeten. Aber auch die Kommunisten, die sich bisher von all dem ferngehalten und stattdessen vom autoritären Sozialstaat der Vorwendezeit geschwärmt hatten, wurden diesmal fast halbiert.

Das dies nicht am lange Zeit im politimedialen Komplex gepflegten vorherrschenden antikomunistischen Diskurs lag, zeigte sich auch darin, dass die Anti-KP-Karte auch gegen Babiš nicht zog. Dessen kommunistische Vergangenheit schreckte die Menschen genauso wenig wie Vorwürfe einer angeblichen Arbeit für den Staatssicherheitsdienst.

Das Wohlstandsversprechen

Wichtiger war sein Erfolg als Unternehmer, sein Slogan, den Staat genauso erfolgreich führen zu können und die Bevölkerung damit am Wohlstand teilhaben zu lassen – ein Versprechen, das er in den vergangenen vier Jahren in der Regierung auch bereits zum Teil umgesetzt hatte.

Die Wirtschaft in Tschechien boomt, es herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Die, die sich dennoch abgehängt fühlen, vor allem in den einstigen Industrieregionen Nordböhmens, den strukturschwachen ländlichen Gebieten und unter den Pensionisten vertrauten diesmal mehrheitlich nicht den Linken, sondern Babiš.

Dazu kam ein Moment der Unzufriedenheit auch bei jenen, die vom Boom profitieren, hatte sich doch die Hoffnung, an Österreich oder Deutschland aufzuschließen, fast dreißig Jahre nach der Wende nicht wirklich erfüllt. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde oft

mit brutalem persönlichen Einsatz erkaufte, die Löhne machen aber noch immer nur etwa 50 Prozent des österreichischen Durchschnitts aus.

Europäer zweiter Klasse

Auch die Vorwürfe an die westlichen Handelskonzerne, den Tschechen schlechtere Qualität zu höheren Preisen zu verkaufen, trugen zum Gefühl bei, nach wie vor als Europäer zweiter Klasse zu gelten. Babiš verkörpert das Versprechen, dem abzuweichen.

Und noch eines gilt festzuhalten: Zwar nahmen fast alle Parteien eine der deutschen und österreichischen „Willkommenskultur“ gegenüber den Flüchtlingen und Migranten ablehnende Haltung ein. Dennoch reichte dies nicht aus, um nicht dem exzentrischen, durch menschenverachtende Sprüche aufgefallenen Tschechojapaner Tomio Okamura, dessen Programm sich auf den Satz „Stopp dem Islam“ reduzieren lässt, nicht dennoch gut zehn Prozent der Wählerstimmen zu verschaffen – mit Zugewinnen besonders dort, wo bis 1945 die Deutschen gewohnt haben und bis heute eine oft auf Neid und Missgunst beruhende, nicht gerade menschenfreundliche Grundstimmung herrscht.

Die Skepsis gegenüber Europa ist durch die Politik der offenen Grenzen 2015 auch in jenen Teilen der Bevölkerung, die mit Okamura nichts zu tun haben will, kräftig angewachsen. Nun ist zwar Babiš kein Antieuropäer, aber er wird in Brüssel (auch abhängig vom zukünftigen Koalitionspartner) wohl auf der Souveränität der Nationalstaaten im Allgemeinen und in der Flüchtlingsfrage im Besonderen bestehen.

Damit ist aber auch klar, dass die Flüchtlingsverteilung nach Quoten oder gar die Forderungen nach einer supranationalen EU nur um den Preis einer weiteren Spaltung Europas erreicht werden können – Spaltungen zwischen den Staaten, aber auch mitten durch die Gesellschaften.

Den Lebensrealitäten stellen

Nun können die europäischen und nationalen Eliten auf zweierlei Art reagieren: zum einen mit Abschottung, der Selbstbestätigung, zu den Guten zu gehören, und dies allen anderen mit einer gehörigen Portion Überheblichkeit auch mitzuteilen. Zum anderen, indem sie sich den Lebensrealitäten der Mehrheit der Menschen stellen, vielleicht sich diesen sogar dann und wann aussetzen. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

E-Mail: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON PETER RABL



Nach der Wahl ist vor dem Regieren: Kann Kurz Kanzler?

Der politische Überflieger kommt jetzt in eine andere Flughöhe mit deutlich dünnerer Luft und wesentlich geringerer Planbarkeit mit seinem neuen Kopiloten.

Alles lief nach dem Plan, den Sebastian Kurz mit seiner verschworenen engsten Gruppe entworfen hatte. Die Basis einer Bewegung begeisterten Anhangs geschaffen, den eigenen Parteichef zermürbt, den gegnerischen Kanzler erfolgreich aus der Hecke bekämpfen lassen, die Koalition gesprengt, sich die alt gewordene ÖVP unterworfen und zur personalisierten Bewegung mit eigener Generalvollmacht umgezwungen, den Wahlkampf unbeirrbar auf die wenigen eigenen Themen fokussiert, die meisten Wähler unter allen Parteien gewonnen und den Anspruch auf das Bundeskanzleramt erreicht.

Mit dieser strikten Planung seiner Politik ist es jetzt aber weitgehend vorbei. Die Fortsetzung des inhaltlich Ungefähren, die den Wahlkampf in fast allen Sachfragen bestimmt hat, reicht nur noch für ein paar Tage: „Neue politische Kultur und neuer Stil, respektvoller, würdevoller Umgang, Entschlossenheit für Veränderungen in einer Regierung mit Kraft“ usw. Ja, alles eh sehr schöne Ansagen zum Start der Koalitionsverhandlungen.

Aber jetzt sind konkrete Pläne und Fakten fällig, die der türkise Regent nicht mehr im Alleingang entscheiden kann. „Was Kurz sagt, ist jetzt Gesetz“, hebt sein Erfinder und Vorgänger Michael Spindelegger den Wahlsieger in messianische Höhen. Das gilt bestenfalls für die eigenen Parteifreunde. Sie werden ihm jetzt wohl tatsächlich freie Hand für die Koalitionsbildung, das Ministerpersonal und die wichtigsten politischen Ziele seiner Regierung geben.

Doch das traditionelle schwarze Führungspersonal in den Bundesländern und in der Sozialpartnerschaft hat sich Kurz in der existenziellen Not der ÖVP wohl unterworfen, sie ist aber nicht nachhaltig entmachtet und hat weiterhin starke Eigeninteressen. Allzu viel vom Mantra „Veränderung“ bei Föderalismus und Pflichtmitgliedschaften in Kammern werden sie nicht widerspruchslos schlucken. Die Einigkeit der Schwarzen mit den auf Widerstand programmierten roten Gewerkschaftern ist bereits angesagt.

Noch ungleich schwieriger wird es für den Erfolgsverwöhnten in der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FPÖ. Bei allen inszenierten persönlichen Freundlichkeiten der vergangenen Tage stehen Kurz ein routinierter und nach dem Wahlergebnis zu Recht selbstbewusster Parteichef H.-C. Strache und seine in politischen Inhalten entschlossene Parteiführung gegenüber. Kein Vergleich zum politischen Spieler Jörg Haider und seiner Laienspieltruppe bei der ersten schwarz-blauen Koalition mit Wolfgang Schüssel.

Es stimmt schon, dass es in den Wahlprogrammen der künftigen Partner starke Überschneidungen gibt. Aber Strache wird Augenhöhe in der Partnerschaft und maximale Chance auf Eigenprofilierung einfordern. Da droht der versprochene neue Stil des Regierens schnell in alte Koalitionsmuster zurückzufallen.

Kurz hat persönlich für eine nachhaltige innenpolitische Themenführerschaft unübersehbare Defizite. Zwei Jahre Freundlichkeit als Integrationsstaatssekretär und vier Jahre Geschicklichkeit im Außenministerium waren nicht von sachpolitischen Herausforderungen geprägt.

Kurz fehlen also weitgehend die Erfahrungen im parlamentarischen Infigit und die Kenntnisse in wesentlichen Politikfeldern wie Wirtschaft oder Bildung. Solche Defizite kann ein ausgeprägter Lernfähiger wie er mit Ratgebern wahrscheinlich ausgleichen. Aber inhaltlich überzeugende Leadership, wie sie Vorgänger wie Bruno Kreisky, Franz Vranitzky oder Schüssel hatten, müsste Kurz erst beweisen.

Die Frage „Kann Kurz Kanzler?“ ist noch nicht zu beantworten. Kann sein. Kann aber auch sein, dass dem Überflieger in der dünneren Luft der neuen Flughöhe der Auftrieb fehlt. Das musste sein abgestürzter Gegner Christian Kern gerade erleben. Wäre fast ein historischer Treppenwitz, wenn es Sebastian Kurz ähnlich erginge.

E-Mail: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Peter Rabl arbeitete über Jahrzehnte als Journalist, Kommentator, Präsentator und Manager in Tageszeitungen, Magazinen und TV-Sendern. Vor seiner Pensionierung war er viele Jahre Herausgeber des „Kurier“.

DER AUTOR



Niklas Perzi (* 1970 in Waidhofen/Thaya) studierte osteuropäische Geschichte an der Uni Wien. Der Historiker und Publizist spezialisierte sich auf die Geschichte der böhmischen Länder im 20. Jahrhundert. Mit anderen koordiniert er derzeit die Arbeit an einem gemeinsamen „Österreichisch-Tschechischen Geschichtsbuch“ am INZ der ÖAW.

[Privat]

Co.), Polit-Scharlatanen (Fußi) und selbst ernannten PR-Glücksrittern einlässt... Das Ende erinnert mich an das alte Wiener Lied vom Schneeflockerl und Rußflankerl, in dem es im Refrain heißt: „Wer sich mit'n Ruaß was anfangt, hat sich für immer dreckig g'macht!“
Franz Wutzl, 2380 Perchtoldsdorf

Restitution der Menschenwürde

„Was die entscheidende Botschaft des Wählers... war“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 20. 10. Ortner's These, dass Orbán den Streit bezüglich Migrationspolitik gewonnen habe, überzeugt mich nicht. Es war nämlich richtig, dass Deutschland und Österreich Hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen haben, weil es im Unterschied zu Ungarn Zigtausende Bürgerinnen und Bürger gab, die mit großem Einsatz gearbeitet haben und es weiterhin tun, damit diese Menschen ein Leben ohne Todesängste oder ohne extreme wirtschaftliche Not führen können.

Ich selbst erlebe mit anderen Gemeindemitgliedern, wie offensichtlich die aufgenommenen syrischen Familien inzwischen in unserer Pfarre eine neue Heimat gefunden haben. Diese humanitäre Großleistung zweier Länder, aus denen einige Jahrzehnte davor die Hauptschuldigen an nationalsozialistischem Rassenwahn, Krieg und Massenmorden stammten, sehe ich daher als Restitution der Menschenwürde. Ich bin als Österreicher froh darüber, dass die einige Monate lang offenen Grenzen uns ermöglicht haben, weltweite Solidarität zu zeigen.

Die jetzige restriktivere Haltung von SPÖ, Grünen und Pilz ist wohl dem Umstand geschuldet, dass die Bevölkerung signalisiert hat, dass die bereits übernommenen Aufgaben der Integration dieser Zigtausenden Menschen groß genug ist. Daraus abzuleiten, wie Ortner, dass es sich dabei um ein Eingeständnis handle, dass das Vorgehen 2015 ein Fehler war, verkennt aber die Lage völlig.
Fritz Zeilinger, 1160 Wien

Verschenken von Wahlzuckerln: Eine Unkultur

„Wir brauchen ein paar neue Spielregeln“, LA von R. Nowak, 14. 10. Es ist bedrückend, wie sehr Wahlen bzw. der nahezu unbändige Wunsch der Politiker, gewählt zu werden, die Kandidaten all ihre Vorsätze und Beteuerungen vergessen lassen. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass sich geradezu eine politische (Un-)Kultur des parlamentarischen Wahlzuckerlverschenkens herauszubilden scheint. Dem mit Regeln entgegenzuwirken ist zumindest die Überlegung wert.

Die Geschichte mit den Bankomatgebühren bietet hier einen speziellen Anlass: Die Novelle des Verbraucherzahlungsgesetzes geht auf einen 22 Tage vor der Beschlussfassung eingebrachten Initiativantrag zurück. Die Widersinnigkeit dieser Novelle wird in der „Presse“ klar herausgestellt.

Etwas Nachdenken hätte diese Beschlussfassung – zumindest in dieser Form – vermieden. Um für

die Zukunft Derartiges zu vermeiden, sollte vielleicht eine weitere Spielregel unter der neuen Regierung erwogen werden: Initiativanträge, die nicht aus der parlamentarischen Bearbeitung von Regierungsvorlagen hervorgehen, wie Gesetzesvorhaben der Regierung sind einer öffentlichen Begutachtung mit dreiwöchiger Begutachtungsfrist zu unterziehen. Dies könnte Schnellschüsse vermeiden und wäre ein Beitrag zur Stärkung der direkten Demokratie.
Prof. Dr. Nikolaus Zacherl, 1020 Wien

Wahlrecht ist Bürgerrecht

„Niemand verlangt ein doppeltes Wahlrecht“, Leserbrief von Alberto Sana, 23. 10.

Das Wahlrecht ist kein Menschen-, sondern ein Bürgerrecht. Da die EU noch kein Bundesstaat ist, gelten die Rechte der einzelnen Staaten in der EU und das Subsidiaritätsprinzip sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der begrenzten Einzelermächtigung. Es ist jedem überlassen, wenn er sei-

nen Lebensmittelpunkt viele Jahre in Österreich hat, die österreichische Staatsbürgerschaft anzunehmen und das damit verbundene Wahlrecht wahrzunehmen. Das ist natürlich derzeit noch mit der österreichischen Wehrpflicht verbunden. Wohin das Experiment, Staatsrecht über die Köpfe der Bürger hinweg außer Kraft zu setzen, wie es 2015 passiert ist, politisch führen wird, werden wir erleben – ich bin schon neugierig!
Andrea Unterweger, 8046 Stattegg

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

Morgen in „Quergeschrieben“:
Sibylle Hamann.